



Investitionen in neue Arbeitsplätze sind unzureichend im Sinne einer gesetzlich vorgesehenen **Vollbeschäftigung**spolitik.

Eine* Folge davon ist die Zunahme **unfreiwilliger** sozialer Ausgrenzung von Erwerbstätigen durch atypische Beschäftigungsformen.

Die bestehenden demokratie- und gesellschaftsrelevanten Ausgleichsbemühungen von Ungleichheitsverhältnissen sind zu stärken durch eine

Solidaritätpartnerschaft

als verfassungsmäßig legitimierte, institutionalisierte Mittlerin zwischen der Zivilgesellschaft und der Gesetzgebung.

Hinweis: Wer die Stundenlöhne für atypisch Beschäftigte anhebt spart Sozialleistungen und verringert Armut!



*| Außerdem: anhaltende Erwerbslosigkeit macht krank

Eine **Einladung** zur Diskussion bietet solidaritaetspartnerschaft.bosolei.com



Wir dürfen nicht mehr andere Menschen tadeln, wir dürfen auch nicht die dunklen ökonomischen Dämonen hinter der Szene anklagen. Denn in einer Demokratie besitzen wir den Schlüssel zur Kontrolle der Dämonen. Wir können sie zähmen. Es ist wichtig, daß wir diese Einsicht gewinnen und die Schlüssel gebrauchen; wir müssen Institutionen konstruieren, die es uns erlauben, die ökonomische Gewalt auf demokratische Weise zu kontrollieren und die uns Schutz vor der ökonomischen Ausbeutung gewähren.

Karl R. Popper,
in: Die offene Gesellschaft und ihre Feinde 2, S 159

f.d.l.v.: Mag. Arno Niesner, Liebenauer Hauptstraße 95d, A-8041 Graz

Bitte
ausreichend
frankieren.

Danke!
